



FTVI 2010 & FTRI 2010: Vernetzte IT für einen effektiven Staat

Fachtagung Verwaltungsinformatik und Fachtagung Rechtsinformatik

25.-26. März 2010 in Koblenz

www.ftvi.de

Die Fachtagung Verwaltungsinformatik (FTVI) und die Fachtagung Rechtsinformatik (FTRI) haben zum Ziel, einen richtungsweisenden Dialog zwischen Wissenschaft und Verwaltungspraktikern sowie Beratern und Rechtspraktikern zu fördern, indem Erfahrungen analysiert und Umsetzungsstrategien aufgezeigt werden. Die FTVI wird alle zwei Jahre vom Fachausschuss Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik ausgerichtet. Die FTRI wird 2010 zum ersten Mal gemeinsam mit der FTVI ausgerichtet.

2010 stehen die FTVI und die FTRI unter dem gemeinsamen Motto: „Vernetzte IT für einen effektiven Staat“.

Aufruf zu Beiträgen

Organisationsübergreifende Vernetzung wird mehr und mehr zu einem Kernthema öffentlichen Handelns. Um einen effektiven Staat zu gewährleisten, ist Vernetzung durch IT in vielerlei Hinsicht zu verstehen:

Vernetzung und Zusammenarbeit von Akteuren im öffentlichen Aufgabenspektrum, wie etwa:

- horizontale und vertikale Zusammenarbeit von Behörden: Kommunen – Länder – Bund
- Zusammenarbeit von Behörden über nationale Grenzen hinweg und mit Europäischen Institutionen
- Public-Private- und Public-Private-Civic-Partnerships: Zusammenarbeit zwischen Behörden und der privaten Wirtschaft, Bürgern, Non-Profit-Organisationen, Interessensvereinigungen, etc.



- Zusammenschluss von Aufgabenträgern zur Stärkung ihrer strategischen und wirtschaftlichen Position (z.B. Zusammenschluss öffentlicher IT-Dienstleistungsrechenzentren)
- Einheitliche Anlaufstellen wie z.B. Bürgerservicecenter, Einheitlicher Ansprechpartner, Einheitliche Behördenrufnummer etc.

Technische und prozessspezifische Umsetzung der Vernetzung von Institutionen wie etwa:

- Web 2.0 im Spagat zwischen Offenheit, Sicherung und Verantwortung im Hinblick auf inhaltliche Qualität und Schutzbedarf (soziale Netze, Bürger als „Co-Producer“ etc.)
- Vernetzte Architekturen, organisationsübergreifende Prozessketten, interoperable und standardisierte Dokumenten- und Datenformate, standardisierte und interoperable Services und Dienste
- Gegenseitige Anerkennung, amtliche Beglaubigungen und autorisierte Übersetzungen von Dokumenten über nationale Grenzen hinweg: z.B. in Anwendungsbereichen für Nachweispflichten wie der EU-DLR, dem eProcurement, dem Personenstandswesen, der Umweltwirtschaft oder der Gesundheitswirtschaft
- Elektronische Identitäten und elektronische Signaturen über nationale Grenzen hinweg: Interoperabilität und gegenseitige Anerkennung
- Vereinheitlichung virtueller Zugänge: One-stop Government-Portale, Einheitlicher Ansprechpartner, Call-Centers und einheitliche Behördenrufnummer
- Langzeitarchivierung: Gewährleistung des Zugang zu Schrift- und Archivgut und Sicherstellung des Zugangs über lange Zeitspannen
- Einsatz semantischer Technologien: Neue Anwendungen und Geschäftsmodelle durch Vernetzung von Informationen, Diensten und Prozessen, z.B. in der Vernetzung mit Geoinformationen, in der Bürgerbeteiligung oder in der Umsetzung von Lebenslagenkonzepten
- Personal und Know-how: Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung im Kontext innovativer Technologie-Nutzung und neuer organisatorischer Kooperationsmodelle
- E-Partizipation: Erfahrungen, Konzepte und innovative Technologien zur Bürgerbeteiligung über elektronische Medien



Rechtliche Rahmenbedingungen und Herausforderungen im Kontext sich technologisch und/oder organisatorisch verändernder öffentlicher Aufgabenwahrnehmung wie etwa:

- Compliance: Sicherstellung rechtlicher Vorgaben bei organisatorischen und technischen Veränderungen vs. rechtliche Anpassungen
- Normenscreening: Entrümpelung überholter und schwerfälliger Gesetze und Verordnungen vs. neuer Überregulierung durch z.B. die Finanzkrise oder Vorgaben aus Europa (EU-DLR, eProcurement, elektronische Signaturen etc.)
- Spezifische rechtliche Aspekte organisationsübergreifender sowie grenzüberschreitender Vernetzung und Zusammenarbeit
- Rechtliche Rahmenbedingungen und Erkenntnisse im Einsatz von E-Partizipation und/oder Web 2.0 (z.B. bei online Wahlen, Konsultationen, Bürgerhaushalten, etc.): Sicherheit, Vertrauen, Identifikation, Verantwortung, Rechtesituation etc.
- IT-Sicherheit: Grundrecht, rechtliche Ausprägungen und organisatorische Anforderungen
- Weiterverwendung öffentlicher Informationen: rechtliche Rahmenbedingungen und praktische Anwendung

Unter diesen Aspekten der Vernetzung auf Basis von IT soll ein effektiver Staat zukunftsorientiert und dynamisch agieren können. Vielerlei Herausforderungen der Konzeptionierung und Umsetzung sind auf dem Weg dahin zu bewältigen.

Wir rufen hiermit zu Beiträgen der Verwaltungsinformatik, der Rechtsinformatik und verwandter Disziplinen aus Wissenschaft und Praxis auf, um Konzepte und Praxisbeispiele im Kontext „Vernetzte IT für einen effektiven Staat“ vorzustellen und zu diskutieren. Beiträge sind unter dem genannten Motto v.a. zu oben angesprochenen Themen erwünscht, können jedoch auch weitere Themen behandeln.

Hinweise zur Einreichung der Beiträge

Beiträge, die im Tagungsband erscheinen sollen, werden einem anonymen Reviewprozess (drei Gutachten) unterzogen und in den GI Lecture Notes in Informatics (LNI) im Köllen Verlag veröffentlicht. Der Umfang der Beiträge zur Begutachtung und Veröffentlichung im Tagungsband ist auf 10 – 12 Seiten im Format der GI LNI beschränkt.



Ihre Beiträge können Sie zur Begutachtung unter der Konferenzwebseite (<http://www.ftvi.de>) online einreichen. Die Formatrichtlinie ist ebenfalls unter <http://www.ftvi.de> erhältlich. Bitte anonymisieren Sie Ihren Beitrag für den Review Prozess, sodass kein Hinweis auf den/die Autor/in/en erkenntlich ist. Beiträge zum Review können ausschließlich als PDF-Datei eingereicht werden. Beiträge, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, werden nicht begutachtet und daher automatisch von der Annahme zur FTVI und FTRI 2010 ausgeschlossen.

Für Bewerbungen um Beiträge aus der Praxis, die nicht im Tagungsband erscheinen werden, wird die Einreichung einer Zusammenfassung (Zielsetzung, wesentliche Inhalte des Vortrags, Beitrag zur Verwaltungs- und/oder Rechtsinformatik; ca. 1-2 Seite/n) erwartet.

Konferenzsprache ist deutsch.

Einreichfristen und Termine

Einreichfrist für Beiträge zur Begutachtung: ~~15.10.2009~~ **Verlängerung bis 31.10.2009**

Einreichfrist für Praxisvorträge (ohne schriftliche Abfassung für den Tagungsband): 15.11.2009

Benachrichtigung über Annahme von Beiträgen: 1.12.2009

Einreichung der druckfertigen Beiträge für den Tagungsband: 15.1.2010

Tagungsleitung

Prof. Dr. Maria Wimmer (Sprecherin des FB RVI der GI), Universität Koblenz-Landau

Dr. Uwe Brinkhoff, Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

Dr. Siegfried Kaiser (stv. Sprecher des FA VI), ITOB GmbH

Prof. Dr. Dagmar Lück-Schneider, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Prof. Dr. Erich Schweighofer (Sprecher des FA RI), Universität Wien, Österreich

Prof. Dr. Andreas Wiebe (Sprecher des FA RVI der DGRI), Universität Göttingen



Programmkomitee

Prof. Dr. Walter Blocher, Universität Kassel

Dr. Michael Bohne, Alfred Krupp-Wissenschaftskolleg Greifswald

Dr. Uwe Brinkhoff, Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

Wolfgang Bruns, BAW

Jürgen Czielinski, Verein IT.Stadt Koblenz

Prof. Dr. Andreas Engel, Stadt Köln

Prof. Dr. Herbert Fiedler, Uni Bonn

Dr. Thomas Gordon, Fraunhofer Fokus

Prof. Dr. Norbert Gronau, Universität Potsdam

Franz-Reinhard Habel, Deutscher Städte- und Gemeindebund

Prof. Dr. Dirk Heckmann, Universität Passau

Prof. Dr. Thomas Hoeren, Universität Münster

Dr. Holger Hünemohr, Hessische Staatskanzlei

Dr. Siegfried Kaiser, ITOB GmbH

Helge Klausener, Bundesagentur für Arbeit

Prof. Dr. Sayeed Klewitz-Hommelsen, Hochschule Bonn-Rhein-Sieg

Prof. Dr. Ralf Klischewski, German University in Cairo, Ägypten

Prof. Dr. Herbert Kubicek, ifib Bremen

Willi Landsberg, European Society for eGovernment

Christiane Laurig, Bundesministerium des Innern

Dr. Doris Liebwald, Bundeskanzleramt, Österreich

Prof. Dr. Peter Loos, Universität des Saarlandes

Prof. Dr. Dagmar Lück-Schneider, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Josef Makolm, Bundesministerium für Finanzen, Österreich

Dr. Björn Niehaves, Universität Münster

Dr. Helmut Redeker, Bonn



Prof. Dr. Heinrich Reinermann, DHV Speyer

Jürgen Renfer, Bayrischer Gemeindeunfallverband

Dr. Reinhard Riedl, FH Bern, Schweiz

Prof. Dr. Alexander Roßnagel, Universität Kassel

Prof. Dr. Burkhard Schafer, Edinburgh University, UK

Prof. Dr. Tino Schuppan, Institut für eGovernment, Potsdam

Prof. Dr. Erich Schweighofer, Universität Wien, Österreich

Prof. Dr. Gerald Spindler, Universität Göttingen

Ulf Steinmetz, Stadt Köln

Prof. Dr. Jürgen Taeger, Universität Oldenburg

Prof. Dr. Roland Traunmüller, Universität Linz, Österreich

Prof. Dr. Jörn von Lucke, Zeppelin University gGmbH Friedrichshafen

Prof. Dr. Andreas Wiebe, Universität Göttingen

Prof. Dr. Maria A. Wimmer, Universität Koblenz-Landau

Dr. Petra Wolf, TU München

Dr. Marianne Wulff, Vitako

Veranstalter

GI Fachausschuss Verwaltungsinformatik

GI Fachausschuss Rechtsinformatik



Mitveranstalter

DGRI Fachausschuss Rechts- und Verwaltungsinformatik



Bundesministerium des Innern



Ministerium des Innern und für Sport in Rheinland-Pfalz



Universität Koblenz-Landau



Kooperationspartner

Verein IT.Stadt Koblenz

